

Protokoll

über die öffentliche Sitzung des Landtages vom 18. Dezember 1941
Beginn nachmittags $\frac{1}{2}$ 5 Uhr nach vorgängiger Konferenzsitzung.
Regierungsvertreter Reg. Chef Dr. Hoop und Dr. Vogt

1. Gesetz betreffend Neuorganisation des Gemeindekassierwesens.

Präsident verweist auf die Vorbesprechung des Gesetzes in der Konferenz, wonach Art. 1 der Vorlage wie folgt abgeändert wurde:

"Die Geschäfte des Gemeindekassiers werden durch einen Gemeindeangestellten besorgt, der vom Gemeinderat ernannt wird. Die Ernennung unterliegt der Bestätigung der fürstlichen Regierung. Die Besoldung wird im Rahmen der durch die fürstliche Regierung festgesetzten Richtlinien vom Gemeinderate bestimmt."

Regierungschef: Die Gemeinde Vaduz hat in der Konferenz eine gewisse Ausnahmebestimmung gewünscht. Auch der Steuerkassier von Triesenberg war bei mir und wünschte, dass man ihn mit Rücksicht auf die sonstige Erwerbsunmöglichkeit noch etwa 1-2 Jahre die Geschäfte besorgen lasse, da ihm damit sehr gedient wäre. Ich versprach ihm, die Sache im Landtage zur Sprache zu bringen. In der Konferenz wurde mehrheitlich die Ansicht vertreten, dass ein Abweichen von der Regel nicht gut möglich sei. Nach der Aussprache in der Konferenz hätte der jetzige Gemeinderat die Bestellung des neuen Funktionärs vorzunehmen.

Hoop: Wer schafft aber Abhilfe in einer Gemeinde, wenn es mit einem neuen Funktionär nicht gut klappen oder stimmen sollte.

Reg. Chef: Die Regierung als Oberbehörde wird dann zum Rechten sehen.

Sele: Ich bin auch der Ansicht, dass für einzelne Gemeinden keine Ausnahmen gemacht werden dürfen, dann hat das Gesetz keinen Wert mehr.

Brunhart Heinr.: Ist es unbedingt notwendig, dass die Dringlichkeitsklausel beibehalten wird?

Reg. Chef: Ich wäre nicht abgeneigt, das Gesetz nicht dringlich zu erklären, aber dann müsste man die Gemeindewahlen einen weiteren

Monat hinausschieben.

Risch: Nachdem in der Konferenz der Regierung mit den Vorstehern und Kassieren der Gemeinden diese Neuregelung mehrheitlich begrüßt und empfohlen wurde, glaube ich, dürfte die Dringlichkeitsklausel wohl beibehalten werden.

Präsident: Wir müssen schauen, die Angelegenheit bis zu den Neuwahlen zu regeln. Sollte diese Neuregelung auf Widerstand stossen, so steht immer noch der Weg der Initiative offen.

Bühler: Ich bin für die Dringlichkeitsklausel. Wichtig ist, dass die Höhe der Besoldung des neuen Funktionärs vor der Ausschreibung in den Gemeinden festgelegt wird durch eine Regierungsverordnung. So werden sich viele Missbräuche und Anstände vermeiden lassen.

Brunhart Heinr.: Nachdem in unserem Gemeinderat eine Aussprache über diese Neuregelung nicht möglich war, kann ich für dieses Gesetz nicht stimmen. Für die Zusammenlegung der beiden Ämter bin ich, aber dass die Regierung das Lohnverhältnis bestimmt, da bin ich dagegen. Ich muss mich daher der Stimme enthalten.

Dr. Vogt: Die Regierung setzt die Gehälter nicht fest, sondern wird bestimmte Richtlinien aufstellen für die Besoldung. Sie wird je nach den Verhältnissen in den Gemeinden verschieden sein. Von besonderer Bedeutung aber ist, dass der Gemeinderat den Gehalt festsetzt vor der Ausschreibung der Stelle.

Bühler: Ich glaube nicht, dass die Regierung ein Interesse hat, den Gemeinden unnötige Auslagen aufzuerlegen.

Hoop: Wie steht es mit dem Verwandtschaftsverhältnis dieses neuen Funktionärs zu den übrigen Gemeinderatsmitgliedern. Kann ein Verwandter des Gemeindegassiers auch in den Gemeinderat gewählt werden.

Dr. Vogt: Die verwandtschaftlichen Ausschliessungsgründe spielen hier keine Rolle, weil der vom Gemeinderat gewählte neue ~~Gemeindegassier~~ Gemeindegassier ein gewöhnlicher Funktionär der Gemeinde ist, *kein Verwandter im Gemeinderat hat*

Präsident lässt sodann, nachdem eine weitere Diskussion nicht mehr gewünscht wird, über die Gesetzesvorlage mit den angebrachten Ergänzungen und Bereinigungen abstimmen. Das Gesetz wird mit einer Stimme Enthaltung angenommen und als Dringlich erklärt.

2. Landesvoranschlag für 1942.

Präsident verweist auf die Behandlung und die 1. und 2. Lesung

in der Konferenz und nimmt die 3. Lesung des Voranschlages titelweise vor, wonach die Ausgaben des Landes pro 1942 mit Frs. 2,239 210'59 und die Landeseinnahmen mit Frs. 2,243 359'65 voranschlagt seien. Bei Tit. I, Teuerungszulage für die Beamten und Angestellten entspinnt sich eine Debatte.

Kindle: Wie in der Konferenzbehandlung betont worden ist, ist in Aussicht genommen, für die gesamte Bevölkerung eine Art Ausgleichskasse einzurichten. Dafür kann ich sehr eintreten. Hingegen bin ich nicht dafür, dass heute die Beamten eine ~~separate~~ separate Teuerungszulage bekommen und dann bei einer Kinderzulage wieder zum Zuge kommen. Sie sollen behandelt werden, wie alle anderen Landesbürger. Sie müssen sich fügen, wie jeder andere. Gegen die Teuerungszulage bin ich.

Sele: Nachdem in der Konferenz beschlossen worden ist, eine allgemeine Familienzulage für Minderbemittelte auszuschütten und hierfür ein Betrag von Frs. 55,000 budgetiert worden ist, so möchte ich erklären, dass ich auch für die Ausschüttung der Teuerungszulage für die Beamten bin. Die Bereinigung der Familienzulage soll möglichst schon im Monat Jänner erfolgen.

Bühler: Es ist unbestritten, dass eine allgemeine Teuerung eingetreten ist. Wenn man sich auf den Standpunkt stellt, dass die Gehälter der Beamten vor der eingetretenen Teuerung zu hoch waren, dann kann man allerdings nicht für eine Zulage sein. Ich bin der Meinung und ich bin hier nicht allein, dass die Gehälter vorher nicht zu hoch ~~waren~~ und weit unter den schweizerischen Ansätzen waren. Die Gewährung einer Teuerungszulage ist daher vollkommen berechtigt und ich halte die Festsetzung der vorgesehenen Zulage von ca. 12% für sehr bescheiden, weshalb ich die Annahme empfehlen möchte.

Brunhart Heinr.: Ich habe nichts gegen eine Teuerungszulage, aber man soll einer kinderreichen Familie oder einem armen Kleinbauer auch eine Beihilfe gewähren, wie dem Arbeiter und dem Beamten.

Präsident: Diese Sache ist ja budgetmässig vorgesehen, da für diesen Zweck Frs. 55,000 eingesetzt worden sind. Sie beinhalten eine Unterlage für die allgemeine Durchführung einer Kinderhilfe.

Reg. Chef: Ich möchte noch auf den konkreten Vorschlag des Abg. Sele zurückkommen, dass diese Sache schon im Monat Jänner zur Anwendung

kommen soll. Ich mache darauf aufmerksam, dass die ganzen Vorarbeiten ein grosses Mass von Arbeit verursachen. Das ist nicht im Handumdrehen gemacht. Ich würde sagen, die Ausschüttung dieser Zulagen rückwirkend auf den 1. Jänner 1942 zu erklären.

Sele: Mit der Rückwirkung auf den 1. Jänner bin ich einverstanden.

Tit. III, Bauamt.

Brunhart Heinr.: Ich möchte anfragen, ob die Kosten für die 2 mangelhaften Böschungsstücke am Rhein in dem budgetierten Betrage für Rheinschutz bauten inbegriffen ist.

Präsident: Ja, das ist vorgesehen.

Brunhart Heinr.: Sind die Subventionskosten für die Rheinkultivierung in Balzers auch im Budget vorgesehen?

Reg. Chef: Es sind Fr. 20,000 für Verschiedenes vorgesehen. Die Regierung hat beschlossen, 30% an die Arbeitslöhne der Erdbewegung und Kultivierung zu geben. Nach der Verfassung wird der Landtag, wenn das Budget überschritten werden sollte, diese gerechtfertigte Ausgabe zu sanktionieren.

Brunhart Heinr.: Ich möchte vorschlagen, dass der Landtag beschliesst, grundsätzlich diese Bodenverbesserungsarbeiten mit einem Betrag von 30% der Arbeitslöhne zu subventionieren, wobei zur Gewährung eines besonderen Kredites die Vorlage an den Landtag kommen soll. Dieser Antrag wird in der Abstimmung einstimmig angenommen.

Risch: Ich möchte auf die Dringlichkeit der Teerung der Herrengasse hinweisen. Sie sollte im Jahre 1942 durchgeführt werden, da sie sehr dringlich wäre.

Präsident: Die Notwendigkeit wird nicht bezweifelt, aber die Durchführung dieser Arbeit wird mangels des hierzu notwendigen Materials nicht möglich sein. Eine Zusicherung ist daher nicht möglich, weil die Durchführung nicht in unserer Macht steht.

Bühler: Sind in dem budgetierten Kosten der Escheregulierung die Kosten der neuen Brücken inbegriffen?

Präsident: Ja, die neuen Brücken sind im Projekt enthalten und somit sind die Kosten inbegriffen.

Hasler: Für Strassenverbesserungen ist ein namhafter Betrag eingesetzt. Gegenwärtig wird in Gamprin viel Abfallmaterial aus dem

Steinbruch abgelagert, das gut zur Strassenkorrektur, die unbedingt gemacht werden sollte, Verwendung finden könnte.

Präsident: Diese Strassenkorrektur steht heuer nicht im Budget. Es sind noch mehrere solcher Korrekturen und Neuanlagen von Strassen zurückgestellt, weil in der heutigen Zeit die Anlage von Kulturanlagen im Vordergrund steht. Damit ist nicht gesagt, dass sie nicht gemacht werden, aber die Arbeiten zur Selbsterhaltung müssen den Vorrang haben.

Oehri: Reicht der budgetierte Betrag für die Landesvermessung aus?

Präsident: Nach den Ausführungen in der Konferenz reicht er aus.

Schädler Eugen: Wann gedenkt man ernstlich an die Arbeiten am Scheidgraben heranzutreten?

Präsident: Die Sache wird im Frühjahr erst möglich sein.

Sele: Reicht der budgetierte Betrag für Saatgutbeschaffung aus?

Dr. Vogt: Es besteht die Aussicht, dass zusätzliches Saatgut in wünschbarem Ausmass hereingebracht werden wird. Die Höhe der Subvention richtet sich nach den Auslagen.

Wachter: Saatgut für Weizen und Hafer werden wir genug bekommen. Mit solchem für Gerste wird es knapp sein. Die Kartoffelansaat ist wohl auch nicht gefährdet, da im Lande viel gelagert sind, die zur menschlichen Ernährung nicht gebraucht werden.

Dr. Vogt: Für das nächste Jahr wird das Saatgut für Kartoffel wohl im Inlande gedeckt werden können. Schwierig wird dann die Saatgutbeschaffung für 1943 werden.

Wachter: Eine böse Frage wird auch die Beschaffung von Dünger mit der Zeit werden.

Oehri: Man hat jeder Gemeinde Mehrpflanzung aufgeladen. Einige Gemeinden haben sich scheinbar gedrückt und weniger gepflanzt.

Dr. Vogt: Das betrifft die Gemeinde Gamprin. Sie hat 40,000 Klafter Kulturland gemacht und es wurde ihr vorgeschrieben, wenigstens ^(davon) 20,000 Klafter anzubauen. ~~Herabgesetzt ist es also nicht worden.~~
20,000 Klafter anzuweiden u. den Rest des Melkweidens mit dem übrigen Boden zu decken.

Es bestand hier nur eine irriige Auffassung.

Tit. IX, MM Soziale Fürsorge.

Präsident: Die Gemeindearbeitsämter wurden gemäss Absprache in der Konferenz aufgelassen und der Kredit gestrichen und dafür

der Kredit für Kranke und Spital um 2000 Fr. auf 7000 Fr. erhöht.

Sele: Ich möchte beantragen, dass ein gleich hoher Betrag, wie er für die Speisung der Beamtenpensionskasse budgetiert ist, auch zur Aeuffung des Fondes für eine Altersversicherung ins Budget aufgenommen wird. Man würde dann dieser Lösung dieses grossen Problemes immer näher kommen. Ich stelle den Antrag, dass darüber abgestimmt wird, ob man etwa 10-20,000 Fr. zur Speisung dieses Fondes bewilligen will.

Bühler: In diesem Falle müssten wir von der Darlehensreserve Mittel abziehen. Ich halte es nicht für richtig, dass Darlehen aufgenommen und dann aus diesem Geld Fonde angelegt werden. Ich muss feststellen, dass ich für eine Altersversicherung natürlich bin, aber es ist heute nicht die richtige Zeit, solche Fonde zu aeuffnen mit entlehnten Geldern.

Brunhart Heinr.: Ich bin auch nicht dafür, dass man heute Fonde anlegt, da man noch Erfahrungen aus dem letzten Kriege hat.

Präsident lässt abstimmen über den Antrag des Abg. Sele:

Für diesen Antrag stimmen 3 Abgeordnete und dagegen stimmen 5 Abgeordnete.

Risch: ~~MMMM~~ Ich bin auch grundsätzlich für die Aeuffnung eines Altersversicherungsfondes, aber in der heutigen Zeit Geld aufnehmen zum Fonde anlegen, das passt mir nicht. ~~unmännlich~~

Präsident: Diejenigen, die dagegen stimmten, haben nicht gegen die Altersversicherung gestimmt, sie haben nur die Meinung, dass die jetzige Zeit nicht dazu angetan sei, zum Fonde anlegen.

Kindle: Für verschiedene andere Sachen ist auch Geld vorhanden, deshalb habe ich dafür gestimmt.

Brunhart Pouis: Was ist unter Bausubventionen zu verstehen?

Reg. Chef: Die Feuerversicherungen sind an uns herangetreten und haben darauf verwiesen, dass verschiedene Feueranlagen schlecht seien. Um diesem Uebelstande abzuhelpen, habe ich mir gedacht, einen Betrag auszusetzen, um Subventionen für die Verbesserung feuerge-

fährlicher Kamine geben zu können.

Kindle: Ich stimme dem Budget zu mit einer Ausnahme, das ist die

Teuerungszulage für die Beamten. Für eine Ausrichtung einer all-

gemeinen Kinderzulage bin ich, ich bin aber nicht dafür, dass man den Beamten eine separate Teuerungszulage macht.

Brunhart Heinr.: Ich teile den Standpunkt Kindle's.

Der Präsident lässt sodann über das bereigte Budget abstimmen, das einstimmig angenommen wird, einzig die Zustimmung zur Teuerungszulage wird seitens der Abgeordneten Kindle und Heinr. Brunhart negiert.

Sodann schreitet der Landtag, nachdem er das Pensum des heurigen Jahres als erschöpft erachtet, zur Wahl des Landesausschusses, der nach der Uebung der letzten Jahre ~~MMM~~ auf die Mitglieder der Finanzkommission fällt.

Präsident: Nachdem der Landtag die Arbeit des heurigen Jahres als erledigt betrachtet, schliesse ich meinerseits diese Sitzung, wobei ich noch betonen möchte, dass trotz verschiedentlich aufgetretener Meinungen während des Jahres der Faden doch auf die Einheit gegangen ist. Es ist auch eine erspreissliche Arbeit geleistet worden und ich danke den Herren Abgeordneten für die Mitarbeit und den Herren der Regierung.

Schluss der Sitzung 5 Uhr.

Münch
 J. J. J.
 Franz Eberle